

Saale-Beitung.

Funfundvierzigster Jahrgang.

weder die Gepaltene Koloniethe, oder deren Mann mit 30 Wp., welche aus Halle mit 20 Wp. bezogen und in untern Nummernstellen und allen Annoncen-Expositionen angemessen. Bekamen die Zeile 75 Wp. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubergstr. 17; Verlagsdirektor: Mart. 24.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausserhalb Postbezirks, Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für untermittelt eingehende Manuskripte nicht für Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Bl.“ gestattet.

Hauptredaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 1762; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 248.

Halle a. S., Montag, den 29. Mai.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen. Der Verlag.

Die Einkommensgrenze in der Krankenversicherung.

Der Vorbeschluss sind an den Reichstag und an die einzelnen Abgeordneten zahlreiche Eingaben von Privatangehörigen gelangt, die eine Erhöhung der Einkommensgrenze in der Krankenversicherung fordern. Es muß zugegeben werden, daß dies Verlangen berechtigt ist. Die Kommission, die mit der Vorberatung der Reichsversicherungsordnung betraut war, hat auch in der ersten Lesung beschlossen, die Gehaltsgrenze von 2000 auf 2500 Mark heraufzusetzen. Aber in der letzten Lesung hat die Kommission diese Verringerung der Regierungsvorlage wieder gestrichelt und in der zweiten Beratung im Plenum ist es bei den Kommissionsbeschlüssen geblieben. Die Regierung selbst hat zugegeben, daß seit dem Jahre 1883, als die Einkommensgrenze in der Krankenversicherung auf 2000 Mark festgesetzt wurde, der Geldwert ein anderer geworden ist, sie hat sich aber der Ausdehnung des Kreises der Versicherten deshalb widersetzt, weil dann auch eine gleiche Erhöhung der Einkommensgrenze in der Invalidenversicherung gefordert werden würde. Dies Argument kann nicht als durchschlagend angesehen werden. Es ist nicht zu verkennen, daß tatsächlich die Mehrzahl der Angestellten mit einem Einkommen über 2000 Mark, die nur auf ihr Gehalt angewiesen ist, sofort in eine Notlage gerät, wenn die Angestellten dauernd erkranken und dadurch ihre Stellung verlieren.

Wenn aber darauf verwiesen wird, daß diese Angelegenheiten meist selbst in der Lage seien, sich durch Einkauf in eine Hilfskasse gegen Krankheitskosten des Ernährers und der Familie zu schützen, so wird übersehen, daß große Aufnahmehemmnisse bei den Hilfskassen bestehen. Die Mehrzahl der freien Hilfskassen stellt außerordentlich schwere Bedingungen bei der Aufnahme älterer Personen, deren Aufnahme bei einem bestimmten Alter fast von allen Hilfskassen grundsätzlich abgelehnt wird; oft wird die Aufnahme schon abgelehnt, wenn die ärztlichen Atteste nicht vollkommen einwandfrei sind. Einige Beispiele, die in einer Eingabe des Vermeisterversandes angeführt werden, aus der Praxis mögen das darthun. Die Altersgrenze in der Krankenkasse des Deutschen Privatbeamtenvereins beträgt sechzig Jahre, in der Krankenkasse des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes, des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, des Vereins für Handlungskommis von 1858 50 Jahre, bei dem Verein Deutscher Kaufleute sogar 45. Auch die Beiträge sind nicht allzu niedrig. So fordert der Deutsche Privatbeamtenverein Waburg von einer 50jährigen Person, die vollkommen gesund ist und die ein tägliches Krankengeld von 2 Mark verdient, dabei außerdem noch freien Arzt und Medizin, jährlich 72,20 Mark. Daraus sieht man auch, welches bittere Unrecht man gegenüber den freiwilligen Mitgliedern der Orts- und Krankenkassen begeht, denen durch die Beschlässe zur Reichsversicherungsordnung die Weiterversicherung in der Krankenkasse verboten wird, wenn sie ein bestimmtes Gehalt erreicht haben. Aus allem geht aber hervor, daß den älteren und nicht ganz gesunden Personen es damit ganz unmöglich gemacht ist, sich anderweitig gegen Krankheit zu versichern. Erparnisse haben sie aber meist nicht. Die Folge ist Elend und Tod in der Familie bei dauernder Krankheit und damit verbundener Familienlosigkeit. Daher entspricht die Erhöhung der Einkommensgrenze und die Sicherung der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung ohne Rücksicht auf das Einkommen nur der Billigkeit.

Andererseits ist aber auch der Hinweis auf die Möglichkeit der anderweitigen Versicherung aus anderen Gesichtspunkten heraus verfehlt. Die Geschichte unserer Arbeiterversicherung tut deutlich dar, daß ohne einen Zwang von Reichswegen eine freiwillige Versorgung vollkommen ausgeschlossen ist. Nur ein winziger Prozentsatz versichert sich freiwillig. Das zeigt die freiwillige Fortsetzung der früheren Zwangsversicherung in der Invalidenversicherung, trotz der hier klar zutage liegenden erheblichen Vorteile. Weitere Beispiele bringen aber auch die vom Kaiserlichen Statistischen Amte veranfaßten Erhebungen über die Wirtschaftszustände minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Sie lassen deutlich erkennen, daß in dem Haushaltsetat jeder Familie nur ein Mindestbetrag für Versicherung ausge-

worfen wird, weil man, um den Haushaltsetat nicht ins Schwanken zu bringen, die Kosten der Krankenversicherung scheinbar oder sie nur aufbringen kann, wenn andere, ebenfalls nötige Ausgaben erhebliche Schmälerung erfahren.

Man wird sich dem Gewicht der Gründe, die für die Fortsetzung der Privatbeamten sprechen, nicht verschließen können. Wir nehmen an, daß noch im letzten Augenblick im Reichstag in diesem Punkte eine Verringerung der Beschlässe in zweiter Lesung vorgenommen und zum mindesten die Einkommensgrenze in der Krankenversicherung von 2000 auf 2500 Mark erhöht wird, wie dies in der ersten Lesung der Kommission bereits beschloßen war.

Die Enteignungsfrage auf dem deutschen Ostmarkentag.

(Nachdruck verboten.)

S. u. H. Posen, 28. Mai.

Unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder trat heute vormittag hier der Gesamtausschuß des Deutschen Ostmarkenvereins zu einer Sitzung zusammen. Namens des Hauptvorstandes erstattete dessen Mitglied Major von Tiedemann-Seeheim den Bericht des Hauptvorstandes, in dem er ausführte, daß wider jegliche Erwartungen die Hoffnungen des Ostmarkenvereins nicht in Erfüllung gegangen seien. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß unsere berechtigten Interessen nicht berücksichtigt werden. Wir kamen uns vor wie der deutsche Michel, sind aber noch rechtzeitig aufgewacht. Wir haben die Regierung schon frühzeitig auf die Notwendigkeit der Enteignung aufmerksam gemacht. Der Gesamtvorstand hat i. Zt. einmütig eine diesbezügliche Kundgebung erlassen, an der alle nachfolgenden Verhandlungen im Landtag und die Erklärung des Ministers nichts ändern können. Es ist gesagt worden, der Ostmarkenverein habe sich in das Enteignungsgezet verwickelt. Keine Behauptung ist falscher als diese. Wir betragen das Enteignungsgezet nicht als ein Mittelmittel, es ist ein Baustein in der Ostmarkenpolitik, die Fürst Bälou erfolgreich durchgeführt hat. Wir haben uns neben der Bodenpolitik auch mit der Schulpolitik befaßt, die überhaupt erst von uns auf das Tapet gebracht worden ist, wir haben die Arbeiter- und Handwerkerfrage in den Bereich unserer Tätigkeit gezogen. Nun sagt man weiter, der Ostmarkenverein verlange Unmögliches, der Verein stelle Forderungen, die unerfüllbar sind. Wir haben schon im Jahre 1905 den Reichszentralrat auf die Notwendigkeit der Enteignung hingewiesen und die Öffentlichkeit auf das Enteignungsgezet vorbereitet. In allen Gauen des deutschen Vaterlandes sind Freunde für die deutsche Sache im Osten gewonnen worden, die auch dafür mit Rat und Tat eingetreten sind. Und gerade in diesen Kreisen sind die Wogen der Entrüstung über die Nichtanwendung des Enteignungsgezetes nie höher gegangen als bei uns selbst. Dazu kommt noch die Feststellung, daß vom April 1910 bis zur gleichen Zeit 1911 90 000 Morgen Landes in polnischen Besitz übergegangen sind. In nationalen Kreisen ist man sich darüber klar, daß die Aufgabe des Landwirtschaftsministers vom 5. Mai unbedingtheit ist. Der Ausschuß des Ostmarkenvereins hat denn auch nicht geögert, den Ausführungen des Ministers mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der Minister ist aber dem Ersuchen, seine Erklärung abzumildern, nicht nachgegeben, er hat seine Ausführungen sogar noch beträchtlich erweitert. Wenn der Minister sagte, der Verein gäbe unter seinen Mitgliedern mehr als zur Hälfte Beamte, so ist das unrichtig. Wer übrigens zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird aus dieser Bemerkung des Ministers die Aufforderung an die Beamten herauslesen können, aus dem Ostmarkenverein auszutreten. Kein Minister aber wird inslande sein, den Beamten die deutscheinnationale Gesinnung und die Sympathien für den Ostmarkenverein aus dem Herzen zu reißen. Wenn man sagt, Fürst Bälou würde die Enteignung ebenfalls nicht durchgeführt haben, so kann ich Ihnen sagen, daß diese Zweifel ungedrückt sind. (Leb. Beifall.)

In der Diskussion betonte Generalmajor Jagow, die Regierung hätte wenigstens in einem Falle die Enteignung anzuwenden sollen; sie hätte dann wenigstens gezeigt, daß sie den nötigen Mut habe. — Juktizrat Wagner (Berlin) bemerkte: der Umstand, daß das Verhalten des Ministers von einzelnen Zeitungen wie dem West. Tagebl. und der Frankf. Zig. gewiß nicht werde, genüge zu seinem Urteil vollkommen. Das Verhalten des Ministers sei jetzt ein ganz anderes als bei der Einbringung des Gesetzes. Generalleutnant Schmidt (Hannover) verlangte, der Verein solle den Minister auffordern, seine Pflicht zu tun. Gegenüber der Erklärung des Ministers, daß die Anstellungstätigkeit eingeschränkt werden sollte, äußerte Juktizrat Schab (Leipzig), daß ein Weiterwinken auf dem Boden des Anstellungsgezetes unbedingt nötig sei; Stillstand bedeute in dieser Frage mehr wie in irgend einer anderen sonder wie Rücksicht. Der Minister befände sich in einem großen Irrtum, wenn er glaube, die Volksfrage könne durch eine andere Maßnahme gelöst werden als durch die Anstellung. — Hierauf wurde an den Reichszentralrat folgendes Telegramm geschickt:

„Es. Ergeben sich zum dem deutschen Ostmarkentag versammelten Ostmarken erbenbüchigen Gruß. Wir vertrauen auf Ew. Ergeben, daß sie die nationale Entwicklung der Ostmark durchzuführen und so fördern lüden und nicht nachlassen, auf die tatkräftige Unterstützung des Ostmarkenvereins hinzuwirken.“

Die Antwort des Reichszentralrats auf das Telegramm lautet:

„Dem Ostmarkenverein danke ich bestens für den freundlichen Gruß vom Deutschen Tage in Posen. Ich freue mich, daß die Ostmärker sich durch die aus der Zeit gegriessenen Gerichte von einem angeblichen Wechsel in der Ostmarkenpolitik der Regierung nicht betören lassen und gewonnen sind, in Einigkeit und Hand in Hand mit der Regierung auf dem alten Wege fort zu schreiten. Nunquam retrorsum. Reichszentralrat von Bethmann-Hollweg.“

Nach einer Pause wurde die Diskussion wieder aufgenommen und zum Schluß eine Resolution angenommen, in der u. a. gesagt wurde: „Der Gesamtausschuß des Deutschen Ostmarkenvereins hat bei ungenügender Beteiligung aus allen Teilen des Reiches folgenden Beschluß gefaßt: Der Gesamtausschuß des Deutschen Ostmarkenvereins erklärt sich mit der Enteignungsfrage in allen Teilen völlig einverstanden und erwartet, daß die Regierung, gestützt auf das unbeschränkte Vertrauen des gesamten deutschen Volkes, fortfahren werde, für die Anwendung des Gesetzes von 1908 zur Erhaltung und Fortführung des segensreichen östmarkischen Anstellungswertes wie bisher mit voller Kraft einzutreten.“

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm II. und der Zar.

Wie uns aus Berlin telegraphiert wird, hat man in dortigen Hofkreisen immer noch keine bestimmte Nachricht darüber, ob der anfänglich geplant gewesene Besuch des russischen Kaiserspaars in Bad Nauheim tatsächlich auch zur Ausführung kommt; dagegen ist eine Entree des Zaren und des deutschen Kaisers wahrscheinlich. Unser Korrespondent meldet darüber:

Eine Auslandsreise des Zaren hängt ganz von der Entwicklung der politischen Situation ab. Dagegen ist der Besuch des Zaren in den finnischen Schären verlängert worden und soll mit einer Kreuzfahrt in der Ostsee verbunden werden. Auf dieser Kreuzfahrt wäre eine Begegnung des Zaren mit dem Kaiser nicht ausgeschlossen. Hierzu kommt noch, daß die Vorarbeiten zur Einberufung einer neuen Haager Konferenz dem Zaren Veranlassung bieten dürften, sich mit dem deutschen Kaiser ins Eimernehmen zu setzen. Die Vorbereitungen für ein kurzes Zusammenreffen der beiden Monarchen liegen also augenblicklich sehr günstig.

Ostbaltische Kulturfragen.

Vor einer überfüllten öffentlichen Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Köln sprach Rittergutsbesitzer Weder-Bartmannsagen über „Ostbaltische Kulturfragen“. Er führte zunächst einige Zitate aus der Angelegenheit von Grimmen und Tschelch ein, wo seine Wälder die drastische Kraft für den Morgen jastken, wie die königlichen Domänenpächter. Dies Beispiel habe auch für ganz Ostbaltien Geltung. Bei Verührung der Ostmarkenpolitik kommt der Redner auf den Schaden der Restgüter zu sprechen, die wieder dem Großgrundbesitz zufallen, mit politischen Arbeitern befristet werden und deshalb eine polnische Enklave im Deutschen Reich bildeten. Am besten könnte der Staat seine Bauernfreundlichkeit beweisen durch Aufteilen der königlichen Domänen unter die kleinen Bauern. Von 1056 Pächtern der königlichen Domänen besitzt jeder durchschnittlich 1600 Morgen zu dem lächerlichen Pachtpreis von neun Mark im Durchschnitt. Wie von Staats wegen dem landwirtschaftlichen Mittelstande geholfen wird, gab er einige drastische Beispiele. Ein Gut bei Grimmen von 500 Morgen, an dem ein kleiner Pächter gut verdient, wurde nach Ablauf der Pachtzeit in der Domäne von 2000 Morgen angegliedert. Ehemalige Herrschaftlicher, die durch jahrelanges Ausbleiben des Springes Herrschaftlicher, werden nicht vergeblich an den Landwirtschaftsminister um Ueberlassung von kleinen Teilen königlicher Domänen. Erst als sich einer von ihnen an das Zivilkabinett wandte, wurde dem Wunsch Gewährung, doch mußte der Betreffende das Mehrfache bezahlen, wie der Domänenpächter. Den großen Schaden, den die Fideikommissare für die Volkswirtschaft haben, beleuchtete der Redner mit der Berechnung, daß, wenn die Vererbung der Fideikommissare so weiter zunähme wie in den letzten zehn Jahren, in hundert Jahren das ganze preussische Staatsgebiet fideikommissarisch gebunden sein würde. Ueber die Frage der deutschen Scholle dürfte nicht der preussische Landwirtschaftsminister, sondern ein Reichsamt der Landwirtschaft entscheiden.

Besuch der Hygieneausstellung durch Reichstagsabgeordnete.

Der Reichstag tagte gestern in Dresden. Er folgte einer Einladung der Stadt und der Leitung der Hygieneausstellung zum Besuch derselben. Der Bundesrat hatte eine Einladung aus prinzipiellen Gründen abgelehnt. Am Vormittag trafen mit Sonderzug 155 Abgeordnete, manche mit Damen, ein. Stark betreten war die Fortschrittliche Volkspartei. Unter anderen bemerkte man Raumann, Cuno,

Dr. Ablass, Dr. Mugdan, Dr. Neumann-Hofer, Hegler, Dr. Strube, Bubbeberg, Dr. Leonhardt, Enders und Professor Stengel. Auch vom Zentrum und den Polen hatten sich zahlreiche Mitglieder eingefunden, weniger stark waren die Nationalliberalen und Konfessionslosen vertreten. Die Sozialdemokraten hatten eine Beteiligung von 10 bis 15 Prozent. Die Sozialdemokraten hatten eine Beteiligung von 10 bis 15 Prozent. Die Sozialdemokraten hatten eine Beteiligung von 10 bis 15 Prozent.

Besetzung der Anstimmungen der Bonner Studentenschaft.
Zwischen den nichtkonfessionellen und den katholischen Studenteneinigungen in Bonn kam die langfristige Einigung zustande, so daß künftig ein einheitliches Vorgehen zu Kaisersgeburtstag und beim Bismarckfestsitz erfolgen wird.

Parteinachrichten.

Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei im Königreich Sachsen.

Dresden, 29. Mai.
Unter dem Vorsitz des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Günther Plauen trat am Sonnabend abend hier der Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei im Königreich Sachsen zusammen. Abgeordneter Günther hielt die Eröffnungsworte im Namen des Vorstandes willkommen. Der Vorsitzende erklärte über den Antrag des Vorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei, die Zahl der Mitglieder des Landesverbandes von 11 auf 15 zu erhöhen. Die Erhöhung soll erfolgen, damit im Landesvorstande auch die bisher nur wenig vertretene Industrie zur Geltung komme. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, daß im Landesverbandsvorstande der Fortschrittlichen Volkspartei auch die Arbeiter, die Hilfs- und kleineren Gewerbetreibende und die Privatangehörigen ihre Vertretung finden möchten. Es wurde beschlossen, einen Ausschuss zu wählen, der entsprechende Vorschläge dem Landesparteitag zu unterbreiten hat. Nach Eröffnung des Kaffeetrinks durch den Landtagsabgeordneten Plauen sprach der Vorsitzende über die Sachrechnungen, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Landesverbandes, beschloß sodann die Versammlung, auf Antrag des Vorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei, den nach § 3 der Satzungen zu erhebenden Jahresbeitrag der korporativen Mitglieder von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Vereinsmitglied zu erhöhen, um der Landesverbandsvorstand mit den nötigen Mitteln für die kommenden Reichstagswahlen auszurüsten.

Am Sonntag wurden zunächst die Wahlen der Mitglieder des Vorstandes und des Landesauschusses vorgenommen. Der Vorsitzende Abgeordneter Günther wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt, ebenso die übrigen Vorstandsmitglieder. An Stelle des am 1. März abgewanderten Landtagsabgeordneten Dr. Dietrich-Annaberg wurde der 2. Vizepräsident des Landtages, Abg. Bär-Zwickau gewählt. Ferner wurden vier neue, von der am Sonnabend gewählten Wahlkommission vorgeschlagene Herren dem Landesverbandsvorstande zugeführt. Alsdann berichtigte der erste stellvertretende Vorsitzende Fabrikbesitzer Graf-Keilitz über die Stellungnahme der Fortschrittlichen Volkspartei zu nächsten Reichstagswahlen. Er führt aus, daß alle darüber einig gewesen, daß die Hauptaufgabe des Liberalismus in der Wiederherstellung und Befestigung des schwarz-blauen Blockes bestehen müsse, und um sich bei den kommenden Reichstagswahlen nicht zu verlieren, sei eine Koalition mit den Nationalliberalen hinsichtlich der Befestigung der einzelnen Reichstagswahlkreise eine unbedingte Notwendigkeit.

teit. Besonders habe der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Günther sich um das Zustandekommen einer Einigung mit den Nationalliberalen einen Verdienst erworben. Das mit den Nationalliberalen getroffene Wahlabkommen besähe darin, daß die Nationalliberalen die Wahlkreise Dresden-Alttadt, Pirna, Borna, Freiberg, Chemnitz, Zwickau, Annaberg und Leipzig-Stadt mit Kandidaten zu versehen haben, während die Fortschrittliche Volkspartei in den Reichstagswahlkreisen Dresden-Neustadt, Leisnig, Plauen, Olshag, Baulsen und Zwickau eigene Kandidaten aufstellen werden. In 14 Wahlkreisen sei eine Einigung zwischen den beiden liberalen Parteien erzielt worden, während in neun Wahlkreisen ein Abkommen nicht habe erzielt werden können.

Nach mehrstündiger lebhafter Aussprache und nachdem der Vorsitzende Abgeordnete Günther die Erklärung abgegeben hatte, daß er mit keiner ganzen Person voll die Verantwortung für das mit den nationalliberalen Landespartei getroffene Abkommen übernehme, nahm der Landesparteitag folgenden Beschluß an:

Der Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei im Königreich Sachsen genehmigt das mit dem nationalliberalen Landespartei hinsichtlich der Befestigung der einzelnen Wahlkreise zur Vermeidung von Doppelpartidaturen getroffene Abkommen, wonach die nationalliberale Partei die Wahlkreise Dresden-Alttadt, Pirna, Borna, Freiberg, Chemnitz, Zwickau, Annaberg und Leipzig-Stadt, die Fortschrittliche Volkspartei dagegen die Wahlkreise Dresden-Neustadt, Leisnig, Plauen I, II, III, Olshag, Baulsen und Zwickau mit Kandidaten besetzt. Hinsichtlich der Wahlkreise Babelsberg und Wittmeide wurde in das Abkommen miteingegriffen, daß der Wahlkreis Babelsberg den Nationalliberalen und Wittmeide der Fortschrittlichen Volkspartei überlassen bleibt.

Protectorat über Marokko?

Eine Nachricht, die liberal als größte Aufsehen erregen dürfte, brachte die Pariser Zeitung „Matin“ in ihrer Sonntagsausgabe. „Matin“ behauptete, der Sultan von Marokko, Mulay Hafid, habe in aller Form um das Protectorat Frankreichs über Marokko nachgesucht! Das Blatt bekräftigt, wie man uns aus Paris drahtet, diese sensationelle Meldung heute, Montag früh, noch ausdrücklich und fügt hinzu, das Protectoratsgesuch sei gar nicht neu. Es wurde bereits von El Mokri nachgesucht, der zu diesem Zweck dem damaligen Minister des Äußeren Bichon einen Besuch abstattete. Das Kabinett Briand wollte aber von solchem Schritt nichts wissen, der der Algeriasache entgegengeklungen wäre. Die Regierung antwortete damals in ausweichendem Sinne auf dieses Anerbieten. „Es ist kaum nötig, hinzuzufügen“, so sagt der „Matin“, daß das jetzige Kabinett das Gleiche tun wird.

Frankreich in Fez.

Wie wir soeben aus Paris hören, hat der Sultan von Marokko die französischen Generale Moirier und Dalbiez empfangen. Er hat Moirier, der französischen Regierung seinen Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, die sie ihm gewährt habe bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Am Sonnabend nachmittag hatte der Sultan eine Vorpredung mit Moirier über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Ordnung in Marokko, wo die Berber ihre Leute zusammengezogen haben und mit Wünderung drohen. Die Franzosen wollen die Ankunft der Abteilung Gourard abwarten und erst dann Truppen nach Marokko absenden. Der Vorbericht ist jetzt abgeschlossen; die Postkäufer wurden ermordet. Nach einer weiteren Meldung aus Fez haben die Stämme der Hamian und Cheffaa zum Zeichen ihrer Unterwerfung Stiere geschlachtet. Es verlautet, daß die Scharaba und die Ued Djamma ihrem Vorgehen folgen werden. Der französische Konsul in Fez, Gaillard, der Bevollmächtigte des Sultans Ben Ghadir und Oberst Mangin sowie General Moirier haben wegen ihrer dem Sultan geleisteten Dienste vom Sultan Ordensauszeichnungen erhalten.

Außer in Mequinez, von dem der Sultan sprach, ist aber auch in anderen Teilen Marokkos noch durchaus nicht die vollständige Ruhe und Ordnung eingezogen. General Verz behält nicht mehr, laut „Tag“, in einem Telegramm, daß in der Gegend von Tluna ein Geschicht hatzungen hat. Der Feind verlor 50 Tote. Auf Seite der Fran-

osen seien ein Interoffizier und acht Soldaten getötet, zwei Offiziere und 18 Eingeborene verundet worden. Ueberhaupt scheint die ganze Situation in Marokko noch recht kompliziert, zumal die Nachricht von der Ankunft der französischen Abteilung in Fez sich nur allmählich durch das Land verbreitet, aber bei den Eingeborenen nur schmerzhaften Glauben findet. Desto leichter halten die Eingeborenen die Gerüchte über die Vernichtung der Truppen Moiriers durch einen gemeinsamen Angriff aller Berber für wahr. Seit langer Zeit wieder einmal haben sich die Gebirgsstämme in Marokko heute dem Heiligsten Malai vornehmlich der Franzosen geoffene Lage zu beraten. Auch Raoufi begab sich dahin von Afrika aus. Deshalb kann es sich ereignen, daß der Einzug der französischen Truppen in Fez jetzt sehr unangenehme Folgen im Norden Marokkos äußert.

Ausland.

Diag in Veracruz.

Der mexikanische Expräsident Diag ist Sonnabend um zwei Uhr nachts in Begleitung weniger vertrauter Freunde von Mexiko-City abgereist. Diag, der durch Krankheit geschwächt ist, verließ sein Haus in der Cabenstraße bei Regen und Nebel, nicht verumutet. Er bestieg ein gelbes Automobil und fuhr auf einem Umweg durch unbesetzte Straßen nach dem Bahnhof, der von Polizisten bewacht wurde. Ein erster Zug fuhr dem Zug des Expräsidenten voraus. Im dem zweiten Zuge befinden sich außer Diag dessen Gattin und sein Sohn, sowie sechs höhere Offiziere und die Dienerschaft. Die telegraphischen Angehörigkeiten unterließen, damit die Rebellen nicht von der Abreise des Expräsidenten dadurch Kenntnis bekämen. Trotzdem griffen die Rebellen in der letzten Vorzug an. Der Zug, in dem Diag selbst fuhr, blieb dagegen unbelästigt. Diag ist in Veracruz völlig unzugänglich. Man vermutet, daß der Expräsident nach Spanien reisen und dort dauernd bleiben wird, da er nur der spanischen Sprache mächtig ist.

Der Angriff der Rebellen auf den Eisenbahnzug, in welchem der Expräsident Diag fuhr, ist erster gewesen, als ursprünglich bekannt geworden. Siebenhundert Mann griffen den Zug an, wurden aber zurückgeschlagen. Diag selbst leitete das Gefecht, in dem die Rebellen dreißig, die den Zug begleitenden Truppen drei Mann verloren. Diag kam sodann unbelästigt in Veracruz an. De la Barra veröffentlichte eine Proklamation und erklärt wiederholt, daß er für die Neuwahl des Präsidenten nicht kandidieren werde. Seine Aufgabe sei es, den Frieden und die Ordnung wieder herzustellen. Die Truppen Diaz' ermas bestehen meist aus Banditenbanden, welche weiterkämpfen wollen und auch selbständig Cuernavaca angreifen.

Kimantour veröffentlicht hat seinem Abgange einen Finanzbericht, wonach 62 000 000 Pesos im Staatskassat sind. Diag, so erklärt er, sei der erste Präsident Mexikos, der den Staatskassat gefüllt seinem Nachfolger übergeben. Präsident Diaz begrüßt die Barra in einem längeren Telegramm und wünscht Mexico Glück und Gedeihen. Moirier mißbilligt den Angriff auf den Zug des Expräsidenten Diag. Er beschuldigt, der Hauptstadt einen baldigen Besuch abzustatten, jedoch nur als einfacher Bürger. Nach allgemeiner Annahme ist Moirier der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat.

Politische Schlägerei.

In Spanien scheinen die innerpolitischen Verhältnisse zusehends wieder einen sonderbaren Tiefstand aufzuweisen; und der Zwiespalt zwischen den Radikalen und Karlisten droht der öffentlichen Sicherheit schädlich zu werden.

So weiß das Pariser „Journal“ aus Barcelona zu berichten, daß dort seit mehreren Tagen bereits zwischen Radikalen und Karlisten argere Reibereien vorgekommen wären. Am Sonntag hielten beide Parteien Versammlungen ab. Nach diesen kam es am Bahnhof zu einem wilden Handgemenge, wobei fünf Personen getötet und zwölf verletzt wurden, von denen die Mehrzahl der radikalen Partei angehören.

Ein Kampf zwischen türkischen und bulgarischen Grenztruppen.

In der Nähe des Grenzpostens Denebaze kam es zu einem Gefecht zwischen bulgarischen und türkischen Grenztruppen. Hierbei wurde ein türkischer Offizier und zwei Soldaten erschossen; auf bulgarischer Seite wurde ein Soldat ver-

Wer nervös, appetitlos, schwach ist

wird ein zweckmäßiges Mittel suchen. Welches ist aber wirklich „zweckmäßig“?
Nervenfluida, Alkoholika, überhaupt alle Reizmittel können unter Umständen die Tätigkeit der Verdauungsorgane usw. auf kurze Zeit antreiben und dadurch einen Erfolg vortäuschen. Umso stärker ist aber dann der Rückschlag. Dieser Weg ist deshalb nicht der rechte!
Der Organismus soll vielmehr nicht aufgereizt, sondern wiedergekräftigt, erneuert werden. Das lässt sich aber mit dauerndem Erfolg am besten durch natürliche Mittel bewirken. Ein solches ist die Somatose.
Erzeugung eines gesunden Hungergefühles, natürliche Vermehrung der Verdauungssäfte, ausgiebigste Blutbildung,

Schonung des Verdauungsapparates, bessere Ernährung und allmähliche Neukräftigung des gesamten Körpers einschließlich der Nerven — das sind die seit 15 Jahren beobachteten hauptsächlichsten Erfolge der Somatose.
Wer deshalb die weitmögliche Garantie für eine gründliche Beseitigung seines Schwächerzustandes haben will, wird vor allem die Somatose vorziehen.
Sie ist das erste, reine Albumosenpräparat, seit mehr als 15 Jahren bewährt und noch immer unübertroffen. Ihre Wertschätzung seitens der sachverständigen Aerztekreise zeigt sich in den über 260 wissenschaftlichen Arbeiten, die in der Fachpresse erschienen sind. Eine gleiche Beachtung gerade seitens der massgebendsten Beurteiler ist von keinem ähnlichen Produkt nachweisbar.

Man verlange die Somatose in der nächsten Apotheke oder Drogerie, entweder flüssig in Originalflaschen zu M 2,50, oder in geschmackfreier Pulverform. Von dieser sind Packungen zu M 1,40 (25 g), M 2,60 (50 g), M 5,— (100 g), M 12,— (250 g) erhältlich. Für längeren Gebrauch sind die grossen Packungen als etwas vorteilhafter zu empfehlen.

SOMATOSE



Damen-Hemden

165 von 1 Mk. an

Damen-Beinkleider
Damen-Schürzen

von 235 Mk. an
45 Pf. an

Grösste Auswahl
in allen
Preislagen.

Geschw. Jüdel, Leipzigerstr. 101
Spezialhaus.

wendet. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht aufgeklärt. Angeblich sollen die Türken auf bulgarischem Gebiet eine Schanze geschossen haben und dabei von bulgarischen Soldaten getötet worden sein. Der Vorfall erregt großes Aufsehen.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Salle, 27. Mai.

Ein böser Mieter.

Bei einem hiesigen Schneidermeister mietete sich am 19. Jan. der mehrfach vorbestrafte 23jähr. Tischlergehilfe Conrad Schmidt ein. In der Nacht zum 21. Januar entfiel er sich heimlich unter Mitnahme von zwei Heberzähnen, zwei Nägeln und 65 Mark harem Gelde. Der Besizer, der sich wegen Arbeitsmangels in unglücklicher Lage befand, kam durch den Verlust des Geldes in die größte Verlegenheit. Von Halle wandte sich Schmidt nach Bielefeld und verübte dort ebenfalls mehrere Diebstähle und einen Betrug. Hierfür hat er inzwischen sechs Monate Gefängnis erhalten. Unter Einrechnung dieser Strafe wurde er zu insgesamt einem Jahre sieben Monaten Gefängnis nach drei Jahren Freiheitslauf verurteilt. In der Urteilsverhandlung wurde gelangt, sein außerordentlich schänder Betrugsbetrieb gegen den besonnenen Meister, dessen bedrängte Lage er kannte, verbüßte eigentlich Justizstrafe, von der nur mit Rücksicht auf seine jugendliche Jugend genommen sei.

Betrügerischer Reisender.

Im Dezember 1900 besuchte der Reisende Georg Schmidt aus Riesa, der damals für eine zeitliche Buchhandlung wirkte, auch eine hiesige Mädchenmittelschule und wußte zwei Lehrerinnen Befehle auf Wilhelms Wegschichte abzufragen. Er spiegelte den Damen vor, sie würden durch die vorläufigen Vereinbarungen noch zu nichts verpflichtet und könnten die Hände eitel wieder juridizieren. Nur unter dieser Bedingung gaben die Lehrerinnen ihre Unterschrift her, wurden aber nachher fest beim Wort genommen und mußten sich sogar verflagen lassen. Schmidt ist schon einmal vorbestraft, hauptsächlich wegen Betruges. Vor der Strafkammer verweigerte er weinend, er habe die Damen nicht zu betrügen beabsichtigt; er habe nur Gefährde machen wollen und müsse, um Provision zu erhalten und leben zu können. Wegen versuchten Rückfallbetruges in zwei Fällen wurde Schmidt zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Freiheitslauf verurteilt.

Provinzial-Nachrichten.

Entschädigungsklage.

Nordhausen, 20. Mai. (Vins-Telegr.) In der Entschädigungsklage, die der Magdeburger Bankverein gegen die Stadt Stolberg auf Zahlung von 127 000 Mark führt, wurde der heutige Termin vor dem hiesigen Landgericht verhandelt. Es sollen noch drei Magistratsmitglieder aus Stolberg als Zeugen vernommen werden.

Die Klage ist veranlaßt durch die Unterfahlgungen des durch Selbstmord geendeten Bürgermeisters Dr. Kampel, der auf gefällige Anweisung 127 000 Mark vom Magdeburger Bankverein zu erheben wußte.

Hagel.

Münchenberndorf, 28. Mai. Am Sonnabend abend trat hier ein schweres Gewitter verbunden mit Wellenbruch und furchbarem Hagelschlag auf. Das Unwetter währte acht Stunden lang. Die ganze Ernte ist vernichtet. Das Wasser steht in den Straßen und Ställen bis zu einem Meter hoch. Vom Hagel wurden viele Fensterhebeln zertrümmert.

Jena, 28. Mai. Gestern abend ging hier ein Gewitter nieder, das mit hartem Hagelschlag verbunden war. Der Hagel schlug wiederholt ein. Der Hagel hat großen Schaden in den Obstgärten angerichtet.

Wörmlich, 29. Mai. (Ein Pferd ertrunken.) Hier wollte am Sonnabend abend ein Geshirfführer einen Wagen der Firma Guth und Richter reinigen, indem er ihn ins Wasser der Saale fuhr. Das Pferd ging mit dem Wagen zu weit ins Wasser und versank in der Tiefe. Als man es herauszog, war das wertvolle Tier schon tot.

Coethen, 28. Mai. (Gewitter.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 1 Uhr entfiel hier ein hartes Gewitter. Der Hagel schlug in die auf dem Bahnhof befindliche Fliegenstange und zerplitterte sie. Personen wurden nicht verletzt.

Erfurt, 28. Mai. (Thüringer Bundeschießen.) Nach fünfjähriger Dauer ging gestern abend hier das Bundeschießen des Bezirksverbandes Thüringen im Deutschen Schützenbunde zu Ende. An dem Wettbewerb hatten sich 420 Schützen beteiligt. Auf den ersten Hauptpreisen errangen folgende Schützen den ersten Preis: Gustav Bonfad-Gottha (Ehrenpreis des Herzogs von Sachsen-Meiningen), Badstein-Arnstadt, Weymar-Mühlhausen, Hebermann-Hannover, Genau-Kassel, Buhz-Eisleben, Kaufmann-Halle.

Eisleben, 28. Mai. (Eine Vereinigung der Agl. Oberförstereien) Bismarck und Annarode mit dem Eise in Eisleben soll für später in Aussicht genommen sein.

Nordhausen, 24. Mai. (Bei der Stadterordneten-Ersetzung) wurden beide liberalen Kandidaten gewählt, und zwar von der ersten Wählerklasse Fabrikant Hermann Redderien mit 37 und von der dritten Wählerklasse Handelsammerpräsident Dr. Walter Schmidt mit 1154 Stimmen. Der sozialdemokratische Gegenkandidat des letzteren, Geschäftsführer Ernst Wiehle, erhielt 778 Stimmen. Trotz der größten Anstrengungen ist es den Sozialdemokraten aus diesemmal nicht gelungen, einen der übrigen in das Stadtparlament zu bringen.

Wiedemar, 28. Mai. (Tödlischer Unglücksfall.) Im Nachbarn der Wertisch Scheune dem Gutbesitzer Franz Richter daselbst beim Aufschneiden der Weide; er geriet unter die Räder des Wagens, die ihm über die Brust gingen. Dabei erlitt er so schwere Verletzungen, daß er gestern in der Klinik zu Halle, wohin er gebracht worden war, verstorben ist.

Weihenke (Tür.), 25. Mai. (Die Kauf- und Slaunen-jeu) ist in Coethen bisher in 130 Geschäften festgelegt worden. In der Stadt sind bereits 65 Stück Vieh, auf dem Gute 20 Stück, zusammen 85 Stück, der Genuß zum Opfer gefallen. Der Abwehr kann die Verhinderung der Rabauer mit zwei zwanzigjährigen Geschirren kaum befähigen. Man istet sogar die Schmalben, um ein Verschleppen der Krankheit in Ställe zu verhindern. Der Landrat unterlagte alle Versammlungen auf dem Lande.

Letzte Nachrichten.

Zum Prozeß Wissen-Cornelius.

Berlin, 29. Mai. Die Beleidigungsklage des Präsidenten der Deutschen Bühnengenossenschaft Hermann Wissen gegen den Bruder des Direktors des Lustspielhauses Schauspielhaus Franz Cornelius, eigentlich Siegfried Zitel, wurde heute vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte verhandelt. Zitel wurde wegen Beleidigung kostenpflichtig zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Präsidenten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Schiffskollision.

Kiel, 29. Mai. Bei Stagen fand eine schwere Kollision zwischen den Torpedobooten S 172 und G 139

statt. Ein Matrose wurde getötet. Die beiden havarierten Boote sind in Kiel eingetroffen. An amtlicher Stelle wird die Nachricht bestätigt.

Selbstmord des Regierungsrats Krause.

Stralsund, 29. Mai. Der Regierungspräsident widmet dem Regierungsrat Krause, der sich gestern im Beisein seiner Familie erschossen, einen warmen Nachruf. Krause war schwer nervenkündend und erst am Tage vorher als angeblich geheilt aus einer Heilanstalt entlassen worden. Bei Begehung der Tat sah er mit seiner Familie zusammen und hatte sein Kind auf dem Schoß.

Doppelselbstmord.

Rön, 29. Mai. In dem holländischen Orte Alttreden in der Nähe der preussischen Grenze zog man aus dem Tode die Leichen zweier junger Mädchen von 18 und 20 Jahren, die zusammengebunden waren. In den in ihren Leichen gefundenen Briefen teilten die Mädchen mit, daß sie wegen häuslichen Unfriedens und Lebensumherben den Tod gesucht haben. Es sind zwei Töchter eines wohlhabenden Landwirts.

Entführer.

Konstantinopel, 29. Mai. Der deutsche Professor Eduard Richter, der sich auf einer Studienreise in Griechenland aufhielt, wurde im Dampfschiff von einer griechischen Räuberbande überfallen und entführt. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Zur Verhaftung Kofins.

Berlin, 29. Mai. Der Direktor des Sportpalastes Kofin, wurde heute mittag gegen Stellung einer Kaution von 50 000 Mark vom Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Bombe auf freien Fuß gesetzt. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang.

Vermischte Drahtnachrichten.

Florenz, 29. Mai. Hier hat sich der Bildhauer Feliz Schönlender erschossen. Der junge Bildhauer ist der Sohn des bekannten karlsruher Professors Gustav Schönlender. Das Motiv zum Selbstmord war Lebensüberdruß und Zweifel an seinem künstlerischen Schaffen.

Petersburg, 29. Mai. In das Haus eines Unterverwalters wurde eine Bombe geworfen; eine bewaffnete Bande drang Johann in das teilweise zerstörte Gebäude ein und besetzte den Verwalter. Drei der Täter wurden verhaftet.

Beitrag: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Beste Nachrichten: i. B. Eugen Brinmann; Zeitungen, Vermischtes usw.: Martin Feuchtmann; für den Telefonteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Henkel, sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Der Stadtauflage der heutigen Nummer ist ein Prospekt des Rabattparvereins beigelegt, auf den wir noch besonders aufmerksam machen.

Holter die Polter geht's vor Fingeln in den meisten Zusammenkünften nichts recht mehr auf dem richtigen Pied; alles ist weggeredet, damit ich nicht zuhns Wadchtraft gepußt werden kann. Viel schneller wie früher ist das Groß-Reinmachen fertig, die Wohnung duftet lauter, wie neu; das mocht der edle Zuhns Wadchtraft mit Rotband

Wichtige Benachrichtigung.

Zur Vermeidung jeglicher Verwechslung beehre ich mich, das geehrte Publikum darauf aufmerksam zu machen, dass das Schuhhaus

Gebrüder Oehlschläger,

Leipzigerstrasse 16, gegenüber der Ritter-Passage,
Telephon 73

das einzige ist, welches sich im Besitze der Familie Oehlschläger befindet.

Nach dem frühzeitigen Tode meines Sohnes Oscar Oehlschläger haben dessen Erben das Geschäft mit Firma in fremde Hände übergehen lassen.

Wer also dem Namen Oehlschläger zuliebe kauft, den bitte ich ganz ergebenst, meine Söhne Johannes und Fritz Oehlschläger mit ihrer werten Kundschaft zu beehren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Halle a. S.

Friedrich Oehlschläger.

Zur Aufklärung

über den Bergarbeiterausstand im mitteleutschen Braunkohlengebiete.

Am 15. März d. Js. wurde einer grossen Zahl von Werksverwaltungen im mitteleutschen Braunkohlenreviere vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände Bochum, dem politisch gleichstehenden Verbands der Maschinisten und Heizer, der polnischen Berufsvereinigung, Abtlg. Bergarbeiter, und dem Hirsch-Dunker'schen Gewerkverein angeblich im Auftrage der auf den Werken beschäftigten Arbeiter ein „Tarifvertrag“ mit folgenden Forderungen zugestellt:

1. Abschluss des Vertrages zwischen jenen Verbänden und den einzelnen Werksverwaltungen;
2. Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit einschliesslich der Pausen und der Ein- und Ausfahrt für sämtliche Arbeiter unter und über Tage;
3. Festlegung eines sehr hohen Mindestlohnes bei der Gedingearbeit (Akkord) ohne gleichzeitige Festssetzung einer Mindestleistung;
4. Starke Erhöhungen der Schichtlöhne;
5. Verpflichtung der Werksverwaltungen und Syndikate, Ersatzlieferungen für ein bestreiktes Werk nicht zu übernehmen.

Im Anschreiben wurde ausgeführt, dass Tarifverträge den Frieden gewährleisten, dass die Braunkohlenbergarbeiter sich in bedrückter Lage befinden, weil die Preise aller Lebens- und Gebrauchsartikel gestiegen, die Löhne seit dem Jahre 1907 dagegen gefallen seien, dass die Verkürzung der Arbeitszeit für die Gesundheit der Arbeiter notwendig sei.

Zu den Forderungen ist zu bemerken:

Die Arbeiterverbände, an ihrer Spitze die „freien“ Gewerkschaften, wollen mit dem Abschluss eines Tarifvertrages die Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Werksbesitzer erreichen und damit ihre Macht und Mitgliederzahl stärken. Dadurch, dass sie bei Abschluss und bei späterer Verlängerung solcher Verträge die geschlossene Macht ihrer Organisation den einzelnen Unternehmern entgegenstellen, hoffen sie, diese zu zwingen, jede — wenn auch noch so übertriebene — Forderung zu bewilligen.

Technische und sozialpolitische Gründe schliessen beim Bergbau Tarifverträge aus. Insbesondere steht deren Abschluss und Durchführung die Verschiedenheit sowohl der geologischen als auch der betrieblichen Verhältnisse selbst auf ein und demselben Werke entgegen.

Aber auch, wenn dies nicht so wäre, würden Tarifverträge sicher keine Friedensdokumente sein. Bekanntlich stehen die „freien“ Gewerkschaften im Gefolge der sozialdemokratischen Partei. Wie diese im politischen, so wollen sie im wirtschaftlichen Leben nicht den Frieden; das zeigen folgende Auslassungen der gewerkschaftlichen Presse.

Das Organ der Malergewerkschaft schrieb vor einiger Zeit: „Die Frage der Tarifverträge ist eine Frage der Taktik; der Grundgedanke für jede Gewerkschaft ist, wie verbessern wir die Lage unserer Mitglieder? womit steigern wir die Macht der Organisationen? In dem Augenblick, in dem der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften der Tarifvertrag als Hemmnis im Wege steht, wird es keinem Gewerkschaftler mehr einfallen, für den Abschluss von Tarifverträgen zu plädieren. . . . Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Teilen der Stärkere ist, und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“ Weiter äusserte sich das Organ des deutschen Bauarbeiterverbandes: „Inzwischen hat sich längst herausgestellt, dass auch bei den Tarifverträgen von der Ausschaltung des Klassenkampfes keine Rede sein kann, sondern dass umgekehrt die Bewegungen grösser geworden sind, als sie jemals waren.“

Es ist eine starke Zumutung, wenn man den Braunkohlen-Bergwerken einen Tarifvertrag als Friedensdokument anpreist, der folgende Bestimmung enthält: „Dieser Vertrag endet nach voraufgegangener einmonatlicher Kündigung“. Damit ist ausgeschlossen, dass es unter der Geltung des Tarifvertrages für längere Zeit zu einem wirtschaftlichen Frieden kommt. Ueberdies haben die Arbeiterverbände auch gar keine Zwangsmittel, um ihre Mitglieder zur Erfüllung der Vertragsbestimmungen anzuhalten.

Die Einführung des 8 stündigen Maximalarbeitstages für sämtliche Bergarbeiter unter und über Tage und für alle Arbeiter in den Nebenbetrieben kann mit dem Hinweis auf ungünstige gesundheitliche Verhältnisse der Braunkohlenbergarbeiter nicht begründet werden. Die Braunkohlenbergleute erreichen nach Ausweis der knappschafflichen Statistik im Durchschnitt ein durchaus normales Lebens- und Dienstalter. Ein ständig wachsender Prozentsatz der Arbeiter ist in Tagebauen und auf den Werksanlagen über Tage beschäftigt, also nicht schlechter daran wie die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass bei einer allgemeinen Einführung der 8 stündigen Arbeitsdauer, also einer reinen Arbeitszeit von höchstens 7 Stunden die Wirtschaftlichkeit vieler Unternehmungen unterbunden würde.

Die Mindestlöhne bei der Gedingearbeit können von den Werksbesitzern nicht bewilligt werden. Es wäre geradezu eine Prämie auf die Trägheit, wollte man bei der schwer zu überwachenden Arbeitsfähigkeit der an vielen weit auseinander gelegenen Betriebspunkten beschäftigten Bergleute einen Mindestlohn gewährleisten. Die schwierige Beaufsichtigung mache im Bergbau Akkordarbeit (= Gedingearbeit) notwendig. Der oft und plötzlich eintretende, von den Ablagerungsverhältnissen und der Beschaffenheit der Kohle abhängige Wechsel in den Arbeitsbedingungen aber erfordert, dass die Gedingesätze schnell und leicht den natürlichen Änderungen folgen, und das ist nur durch freie Vereinbarung zwischen Beamten und Arbeitern möglich. Die Zusage eines Mindestlohnes ist um so weniger möglich, als nicht gleichzeitig eine Mindestleistung vorgesehen ist.

Soll ein Unternehmen gesund bleiben, so muss für die Lohnhöhe nach wie vor die allgemeine Geschäftslage massgebend sein. Die Löhne sind nach der amtlichen Statistik im Jahre 1910 von Vierteljahr zu Vierteljahr bereits wieder gestiegen; gegenüber dem Jahre 1905 ergibt sich für das Jahr 1910 eine Lohnsteigerung von 10 bis 15%. Das erste Vierteljahr 1911 brachte eine weitere Aufwärtsbewegung der Löhne. Dagegen mussten die Preise für Briketts, Nasspressteine und Rohkohle im Jahre 1910 und für das Jahr 1911 erheblich herabgesetzt werden.

Würden die Schichtlöhne in der im Tarifvertrage vorgesehenen Höhe festgesetzt, so müssten viele Braunkohlenwerke, nicht zuletzt zum Schaden der Bergarbeiter selbst, den Betrieb einstellen.

Die im Tarif aufgestellte Verpflichtung für die Werksverwaltungen und darüber hinaus auch für die Verkaufszugorganisationen, Ersatzlieferungen für vom Streik betroffene Werke nicht zu übernehmen, muss schon im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse abgelehnt werden, ganz abgesehen davon, dass damit jedes einzelne Werksunternehmen gänzlich der schrankenlosen Willkür der Arbeiterverbände ausgeliefert sein würde.

Nicht die Hervorkehrung eines krassen Unternehmerrandpunktes, wie von der Streikleitung behauptet wird, nicht die schroffe Ablehnung berechtigter, aus wirtschaftlicher Notlage hervorgegangener Forderungen der Bergarbeiter hat den bedauerlichen Ausbruch eines ausgedehnten Bergarbeiterausstandes am 8. Mai d. Js. im mitteleutschen Braunkohlenbergbau herbeigeführt, sondern einzig und allein das Machtbedürfnis des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes.

A. Riebeck'sche Montanwerke. Anhaltische Kohlenwerke. A. Goedecke, Döllnitz.

Bruckdorf-Nietlebener Bergbau-Verein. Gew. ver. Carl Ernst. C. Müller, Wildschütz. Christoph-Friedrich, Lützkendorf. Cons. Hall. Pfännerschaft. Dörstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Industrie-Gesellschaft. Ferdinande bei Sennewitz. Gustav Hasse, Weissenfels. Gute Hoffnung bei Gröben. Grube Henriette bei Eisdorf. Hohenzollernhall, Bösau. Braunkohlenwerke Leonhard, Akt.-Ges., Wuitz. Gewerkschaft Michel. Grube Muschwitz. Otto bei Reussen. Waldauer Braunkohlen-Industrie-A.-G. Werschen-Weissenfeler Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft. Zeitzer Paraffin- und Solaröl-Fabrik. Zeche Ellen bei Renden.

Bruderzeche H. Solf, Kriebitzsch. Grube Ernst, Altpoderschau. Fürst Bismarck, Zipsendorf. Braunkohlen-A.-G. Friedensgrube. Kohlenverwertungsgesellschaft Herzogin Adelheid. Gewerkschaft Heureka, Meuselwitz. Kraft I bei Thräna. Kraft II bei Deutzen. Mariengrube E. Moser & Co. Phönix Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung. Prehlitzer Braunkohlen-A.-G. Rositzer Braunkohlenwerke. Braunkohlen-A.-G. Union. Vereinsglück, Meuselwitz. Grube Vorwärts, Rositz. Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke. Braunkohlen-Abbau-Verein Zum Fortschritt, Meuselwitz.

Braunkohlenwerk Belohnung. Bleichert'sche Braunkohlenwerke. Gewerkschaft Borna. Gewerkschaft Breunsdorf. Bubendorfer Kohlenwerke. Dora & Helene, Brikettwerke, Gross-Zössen. Glückaufschacht Blumroda. Grube Glückauf, Eschefeld. Gottes Segen bei Beiersdorf. Leipziger Braunkohlenwerke. Leipzig-Döhlitzer Kohlenwerke. Gewerkschaft Margaretha, Espenhain. Ramsdorfer Braunkohlenwerke. Regiser Kohlenwerke. Saxonia, Groitzsch. Viktoria, Lobstädt. Gewerkschaft Wilhelmschacht.

Gewerkschaft Alfred, Tornitz. Gewerkschaft Archibald, Westeregeln. Braunschweigische Kohlenwerke. Grube Caroline, Völpke. Concordia bei Nachterstedt. Cons. Sophie, Wolmirsleben. Cons. Suder'sche Braunkohlenwerke. Gewerkschaft Friederike, Hamersleben. Gewerkschaft Georg, Aschersleben. Harbker Kohlenwerke. Gewerkschaft Johanne-Henriette bei Unseburg. Kauzleben'sche Braunkohlenwerke. Gewerkschaft Louise-Hedwig, Neugattersleben. Marie bei Atzendorf. Marie-Louise, Oschersleben. Neue Hoffnung bei Pömmelte. Norddeutsche Braunkohlenwerke. Viktoria, Hötensleben.

Braunkohlenbergwerk „Stadt Görlitz“, Langenau. „Glückauf“, Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung in Lichtenau (Bez. Liegnitz).